



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sagte Heinemann: Nun werden wir die Welt einmal von einer andern Seite betrachten. Die Welt, die er meinte, waren Spelunken der jämmerlichsten Art, dennoch machte er jedesmal, wenn wir in eine solche Herberge eintraten, ein Gesicht, als führe er mich in ein Museum voll außerlesener Raritäten, und schon unterwegs erzählte er mir von den großen Leuten, die ich dort möglicherweise antreffen werde, verkannten Genies, voll Wiß und Laune, vom Schicksal bedrückt und dennoch oben-
auf, jedoch mochte diese Gattung entweder ausgegangen oder anders wohin verschickt worden sein, denn wir trafen immer nur ein armseliges Volk, das sehnüchtlig nach der Flasche äugte und mit dem ganzen Gesicht lachte, wenn es mittrinken durfte. Von der schönen Laurette, auf die ich allein begierig war, war dagegen nicht die Rede. Wegen der Warnung, die mir Heinemann hatte zuteil werden lassen, und um nicht wegen meiner Leidenschaft verspottet zu werden, drängte ich die Frage nach ihr, die mir fortwährend auf den Lippen lag, immer wieder zurück, indem ich mich damit tröstete, sie werde, wenn ihre Zeit gekommen sei, schon ganz von selbst aus ihrer Verborgenheit hervortreten, eine Vermutung, in der ich leider nicht betrogen wurde.

So ging es diesen Tag und die andern Tage, ich eignete mir eine ganz nette Kenntnis der Wirtschaften an, an deren Tischen der Hunger und das Glend zu dinieren pflegte, und kehrte, trotzdem daß wir immerfort tief unter der Linie des wirklichen Genusses dahin schwebten, alle Tage mit leeren Taschen heim. Das war auch das einzige, was ich erlebte, und ich hatte die Lust daran schnell verloren. Auch litt mein Schneiderauge schmerzlich unter dem Anblick dieser verkrumpten und veressenen Röcke und zerfranstn Hosen, und das, was mir an Unterhaltung geboten wurde, wurde mit jedem Tage weniger. Heinemann dagegen schwebte in einem großartigen Behagen, er spielte den Beschützer und Gönner, der einen Grünkling in wunderbare Dinge hineinschauen läßt. Wenn wir dann eine Menge getrunken und eine größere Menge unter das ewig hungrige Volk, dessen Lebensgewohnheiten wir zu studieren vorgaben, verschüttet hatten, dann hieß es immer: Bezahle die Kleinigkeit, oder: Diesmal magst du zahlen. So kamen mir meine Forschungen nach dem unterirdischen Treiben einer Großstadt teurer, als wenn ich an Marmortischen studiert hätte, und ich war dessen gewiß, daß, wenn es so weiter ging, mir die Verwahrung meiner in vielen Jahren Heller zu Heller gesammelten Schätze keine Sorge mehr bereiten werde.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Der Zar in Wiesbaden. Die Ferien des russischen Selbstherrschers gehen zu Ende. Kaiser Nikolaus hat sich in Darmstadt und Volksgarten außerordentlich heimisch und wohl gefühlt. Er hat die benachbarten Landschaften auf dem Automobil durchkreuzt, sich auf Burg Rheinstein des herrlichen Bildes unsers Rheinstroms erfreut, hat in Frankfurt inkognito auf der Zeil und der Kaiserstraße flanziert, gleich einem fröhlichen Touristen dort Einkäufe besorgt, er ist zum Freiherrn von Hehl nach Herrnsheim gefahren, um als Gast des deutschen Reichstagsabgeordneten und Großindustriellen Ausgrabungen aus römischen und fränkischen Gräbelfeldern beizuwohnen, endlich hat er in Wiesbaden den Kaiser besucht und Abordnungen seiner preussischen Regimenter begrüßt — kurzum er hat sich in der Ferienkolonie, zu der das Hessenland ihm geworden ist, mit einer Freiheit und Befriedigung bewegt, die auch auf seine Stimmung vom wohlthätigsten Einfluß gewesen ist, und es ist begreiflich, daß er ungern von dieser Heimat seiner Gemahlin und von

einem Verwandtenkreise scheidet, in dessen Mitte er eine Reihe glücklicher Tage verlebt hat. Auch sein Großvater, Alexander der Zweite, liebte Darmstadt; namentlich Jugenheim war ein von ihm bevorzugter Aufenthalt. In Deutschland wird man es nur mit Befriedigung begrüßen, wenn auch diese Tradition in dem Enkel wieder auflebt, und der russische Kaiser seine Ferienzeit auf deutschem Boden verbringt und deutsches Land, deutsches Volk und Heer auf diese Weise näher kennen lernt, als es bei gelegentlichen Galabesuchen in Berlin oder Potsdam möglich gewesen wäre. Kaiser Nikolaus ist kein Freund offizieller Feste. Er bringt mit der Erfüllung fürstlicher Besuchspflichten jedesmal ein großes Opfer. Der stark gemüthliche Zug seines Vaters, der sich von der offiziellen Repräsentation soviel wie möglich frei machte und in einem ungezwungenen Familienleben ein Gegengewicht gegen den Zwang und die Unfreiheit suchte, zu denen sich ein russischer Herrscher verurteilt sieht, ist auch dem Sohn eigen. Aber von dem Geseß der Schwere, das die russische Politik beherrscht, hat sich weder Alexander der Dritte noch Nikolaus der Zweite loszulösen vermocht, *post equitem sedet atra cura*. Wir sahen den Zaren in Wiesbaden vom Grafen Lamsdorff begleitet, auf des Zaren Wunsch begleitete auch Graf Bülow seinen kaiserlichen Herrn. Damit hat die Wiesbadener Begegnung von russischer Seite eine politische Färbung erhalten, von deutscher Seite durch höfische und militärische Veranstaltungen ein offizielles Gepräge. Graf Lamsdorff ist kurz zuvor in Paris gewesen. Es ging nicht wohl an, daß Kaiser Nikolaus mit zwei Monarchen des Dreibunds — beinahe mit allen dreien — in persönlichen Verkehr trat, ohne bei dem *ami et allié* in Paris wenigstens eine Visitenkarte abzugeben. Dort mag man ohnehin schein dazu gesehen haben, daß der Zar in Darmstadt immer den Prinzen Heinrich von Preußen, seinen Schwager, zur Seite hatte; auch der intime Verkehr des russischen Herrschers mit dem Offiziercorps der Darmstädter Regimenter, denen ja eine starke altpreussische Beimischung nicht fehlt, ist an der Seine nicht unbemerkt geblieben. Aber es sind ja auch andre Zeiten geworden. Die Franzosen haben ein Flirt in London angefangen, zu einem solchen mit Italien sind sie nach langem Harren und heißem Bemühen endlich zugelassen worden, mehr als seit langer Zeit ist in der englischen und der französischen Presse wieder von den „Mittelmeermächten“ die Rede, zu denen Rußland nicht nur nicht gehört, sondern deren Gruppierung sich gegen Rußland und gegen russische Interessen richtet. Crispis zu Bismarck geäußerte Besorgnisse über einen von Rußland durch den Besitz von Konstantinopel angestrebten Supremat über das Mittelmeer sind gleichsam als Präludium zu den Pariser Empfangsfeierlichkeiten für das italienische Königspaar wieder ausgegraben worden, und das zu einer Zeit, wo Rußland die Notwendigkeit einer freien Durchfahrt durch die Dardanellen immer zwingender empfindet. Damit würde es allerdings zur Mittelmeermacht, vielleicht zur stärksten, gegen die sich vorzeitig jene Gruppierung zusammenschließt, einstweilen freilich wohl nur in den Zeitungsspalten. Aber unvermeidlich markiert sich hierbei ein gewisses Abdrücken Frankreichs von Rußland deutlich genug. Daran ändert die Tatsache nichts, daß Kaiser Nikolaus in seinem Handschreiben Herrn Loubet Rußlands Befriedigung über Frankreichs neue Freundschaften mit England und Italien ausspricht nach dem Grundsatz: Meines Freundes Freunde müssen ja auch meine Freunde sein.

Unverkennbar sind die Fäden des bulgarischen Kriegslärms von Paris aus gezogen worden, ob mit oder ohne Zustimmung Rußlands ist dabei nicht ganz sicher. Aber das 1887 durch Crispis erneuerte Rezept des Berliner Kongresses, durch Errichtung „lokaler Autonomien“ die türkische Herrschaft, so lange es geht, zu erhalten, zugleich aber auch ihre Auflösung, ohne daß es zu Zuckungen für Europa kommt, vorzubereiten, ist ebenso der von Frankreich und von Italien angenommenen Stellung wie der russisch-österreichischen Aktion zugrunde gelegt. Durch den russisch-österreichischen Vorschlag schimmern die sich vorbereitenden „lokalen Autonomien“ deutlich genug durch, und Graf Lamsdorff hat somit schwerlich großer

Überredungskunst bedurft, die Zustimmung des Herrn Delcassé zu erhalten. Dieser wird zweifellos seine Vorbehalte für gewisse französische Interessen gemacht haben, aber er hatte keinen Grund, sich im jetzigen Stadium dieser Frage von dem russischen Verbündeten zu trennen. Doch die Türken sehen klar genug, wohin die Reise geht, und es ist durchaus verständlich, wenn sie sich den russisch-österreichischen Vorschlägen nicht widerspruchlos fügen und nach dem Grundsatz handeln: Kommt Zeit, kommt Rat. In der Balkansache hat Graf Lambsdorff in Paris den Erfolg erreicht, daß sich Frankreich einstweilen nicht von dem *ami et allié* trennt. Da der russische Staatsmann auf dem Wege nach Wiesbaden zum deutschen Kaiser war, wäre es von Herrn Delcassé auch sehr gewagt gewesen, in diesem Augenblick seine Zustimmung zu versagen. Wiesbaden war ein starker Trumpf in den russischen Karten, Graf Lambsdorff hat ihn zur rechten Zeit ausgespielt und seinen Stich damit gemacht.

Dasselbe gilt von Ostasien und dem dortigen russisch-japanischen Gegensatz. „Auf dem Wege nach Wiesbaden“ hat Graf Lambsdorff dem Freund an der Seine auf den Zahn gefühlt, ob dessen neues Einvernehmen mit England ein Engagement in Ostasien im Sinne des englisch-japanischen Vertrags bedeute, oder ob Rußlands lecker Schachzug, mit dem es den Abschluß dieses Vertrags durch die Ankündigung erwiderte, daß das russisch-französische Bündnis auch für Ostasien gelte, von Frankreich noch als gültig angesehen werde. „Auf dem Wege nach Wiesbaden“ — da konnte Herr Delcassé freilich nicht nein sagen, ohne an den Grundlagen des Zweibundes zu rütteln, der für die heutige französische Regierung weit mehr ein Dekorationsstück ihrer innern Politik, dem eignen Lande gegenüber, als der praktischen auswärtigen Politik ist. Eine französische Regierung, die dem Lande die Illusion des russischen Bündnisses zerstörte, wäre keine vierundzwanzig Stunden länger haltbar. Auch kam Graf Lambsdorff nicht mit leeren Händen: er hatte — trotz des Mittelmeermächtegespenstes — die Zustimmung Rußlands zu den marokkanischen Wünschen Frankreichs zu überbringen. Rußlands Rechnung geht wohl dahin, daß die Ausdehnung Frankreichs im Mittelmeer das beste Mittel ist, ein wirkliches Einvernehmen mit England zu verhindern. Die russische Politik schlägt da zwei Fliegen mit einer Klappe: Frankreich wird sich nie ganz von Rußland trennen können, und England wird in der Behandlung Rußlands um so vorsichtiger sein müssen, je stärker Frankreich im Mittelmeer ist. Aber auch wenn der Apfel für Herrn Delcassé noch viel saurer gewesen wäre, er hätte hineinbeißen müssen am Vorabend der von Rußland mit einer starken politischen Färbung versehenen Begegnung von Wiesbaden; denn durch alle Liebenswürdigkeiten des Zaren und seines Staatsmannes klang doch ein vernehmliches: Ich kann auch anders! Herr Delcassé ist klug genug gewesen, einzusehen, daß „Wiesbaden“ von russischer Seite geschickt arrangiert war, sowohl Frankreich die russische Bügelfaust fühlen zu lassen, als auch zugleich Deutschland bei guter Laune zu erhalten. Mit diesen zwei Eisen im Feuer konnte Graf Lambsdorff die Fahrt nach Wiesbaden getrost antreten.

Was Deutschland anbelangt, so sind wir weder an den Balkanfragen noch an den russisch-japanischen Gegensätzen direkt interessiert und haben namentlich keinen Grund, Rußland dort Schwierigkeiten zu machen. Die Zustimmung Deutschlands zu allen Balkanabmachungen, über die sich Rußland und Österreich verständigen, ist altes Bismarcksches Prinzip. In Ostasien ist die Situation für uns neu, aber unsere Beziehungen zu Japan sind so, daß wir einer russischen Politik, die nicht auf einen Konflikt ausgeht, in Tokio mit Aussicht auf Erfolg unsere guten Dienste leihen können, im Konfliktsfalle aber neutral bleiben, solange unsere unmittelbaren Interessen nicht berührt werden. Auf alle Fälle wird die Schale, in die Deutschland sein Votum legt, stark sinken. Deutschlands sicher zu sein, ist für die russische Politik somit von großem Wert. Das weiß man auch in Paris und fügt sich, wiewohl die auswärtige Politik Frankreichs ausschließlich von dem einen Gedanken beherrscht wird, eine politische Kombination zu schaffen, die einem Kriege gegen Deutschland

mit einiger Sicherheit den Erfolg verbürgt. Dazu gehört auch die fortgesetzte Unterwühlung unsrer Allianzen zu dem Zweck, sie innerlich wertlos zu machen, sie auszuhöheln. Der nagende Wurm der französischen Politik ist in Rom wie in Wien, Pest und Prag vernehmbar. Dem gegenüber muß die deutsche Politik fortgesetzt an erster Stelle die Erhaltung des 1870 Errungenen im Auge haben. Es ist dies die Richtschnur für unser gesamtes Tun und Handeln, jede andre Erwägung ist diesem einen Gedanken untergeordnet. Trotz Kronstadt und Toulon, trotz der Feste von Paris und Petersburg bestand die praktische Bedeutung der russisch-französischen Allianz bisher für uns doch darin, daß Frankreich damit an das Schlepptau Rußlands gebunden und eine französische Offensivpolitik gegen Deutschland, so lange eine solche nicht im russischen Interesse lag, ausgeschlossen war. Es war dies eine russische Deckung, die wir nicht durch eine Allianz oder durch ein Abkommen, sondern indirekt durch die einstweiligen Bedürfnisse Rußlands hatten. Je mehr aber Frankreich neuerdings seine politische Befriedigung auch in andern Kombinationen sucht, desto mehr vermindert sich für uns der Wert dieser indirekten Deckung. Wir können uns jedoch daran genügen lassen, so lange das russische Dekorationsbedürfnis der französischen Politik vorhält, namentlich wenn wir dafür sorgen — unter „wir“ sei hier ganz besonders die deutsche Presse verstanden —, daß die Franzosen mit der von ihnen in England und in Amerika sorglich gepflegten Animosität gegen Deutschland nicht als mit einer dauernden Einrichtung rechnen dürfen. Es ist für Deutschland auf alle Fälle besser, die andern Nationen rechnen mit unsrer Freundschaft mehr als mit unsrer Feindschaft, aber auch unsre Freundschaft muß eine solche sein, die den Druck einer festen und starken Hand verspüren läßt.

Der Reichskanzler und sein Kutscher. Die Preußen ziehen gegenwärtig in die Landtagswahlschlacht. Da es auch für die nichtpreussischen Deutschen von einigem Interesse ist, wie der preussische Landtag, vulgo das Abgeordnetenhaus, aussieht, so glauben auch die Grenzboten ein paar Worte dazu sagen zu dürfen.

Berliner Blätter haben sich und ihre Leser eingehend darüber unterhalten, daß nach dem heute in Preußen geltenden Wahlrecht der Reichskanzler Urwähler in der dritten Abteilung sei und demzufolge in seiner Wählereigenschaft keine größern politischen Rechte habe als sein Kutscher. Wenn der Reichskanzler nun aber mit seinem Kutscher zusammen wähle, so sei kein Grund vorhanden, weshalb dieses Prinzip nicht anerkannt und zum Gesetz erhoben, d. h. das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht auch für die preussischen Landtagswahlen eingeführt werden solle.

So lange es noch eine Monarchie in Preußen gibt, wird das nicht geschehn. Das sei hier gleich vorweg ausgesprochen. Die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrechts zu den preussischen Landtagswahlen käme für die Krone Preußen einem zweiten 19. März gleich. Sie wird nimmermehr daran denken, ein Wahlrecht, dessen Abänderung im Reich seit zwanzig Jahren Gegenstand patriotischer Erwägung ist, in Preußen einzuführen. Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ist die ärgste Fälschung der öffentlichen Meinung, die es geben kann, weil es die Minorität der Gebildeten der Majoritätsherrschaft der Ungebildeten unterwirft, Gelehrte und Staatsmänner mit ihren Dienern grundsätzlich auf eine Stufe stellt und die Massenherrschaft an die Stelle der Herrschaft der geordneten Gewalten setzt. Es kann ohne weiteres zugestanden werden, daß das jetzige preussische Wahlrecht seine großen Mängel hat. Aber der Reichskanzler, der nach diesem Wahlrecht zur Wahl geht, steigt damit vielleicht auf die politische Stellung seines Kutschers hinunter, während beim allgemeinen Stimmrecht der Kutscher auf die politische Stufe des Reichskanzlers hinaufsteigt. Das ist doch noch ein großer Unterschied. Für den Reichskanzler beruht bei dem heutigen preussischen Wahlrecht seine persönliche politische „Minderwertigkeit“ auf Zufall, auf dem Zufall nämlich, daß seine Dienstwohnung in einem Bezirke liegt, wo die reichsten

Leute Berlins wohnen. Irgendwo müssen diese Leute doch ihr Domizil aufschlagen, und bei einem Wahlrecht, dem der Steuerertrag zugrunde liegt, werden selbstverständlich hohe Beamte nicht auf der Stufe reicher Bankiers stehen können. Aber was hier Zufall ist, ist bei dem allgemeinen Stimmrecht Zweck und Plan. Der bis zum Überdruß wiederholte Hinweis auf die bekannte Äußerung des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1867 über das preußische Wahlrecht will gar nichts sagen. Bismarck hatte in den Jahren 1862 bis 1866 mit diesem preußischen Wahlrecht die schlimmsten Erfahrungen gemacht; es hatte den Staat an den Rand des Abgrunds geführt. Damals waren die Massen noch gut monarchisch gesinnt — ein Sozialdemokrat war noch eine Sehenswürdigkeit —, da konnte Bismarck sehr wohl einen solchen Ausspruch zugunsten des allgemeinen Wahlrechts tun, das er sich obendrein keineswegs als ein geheimes dachte. Zum „geheimen“ haben es später leider die Nationalliberalen gemacht, eine ihrer größten Veründigungen am Reich.

Durch das allgemeine Stimmrecht wollte Bismarck den Partikularismus brechen, Deutschland für den nationalen Gedanken erobern; der Preis war ihm eines solchen Einsatzes wert. Zudem war bekanntlich das allgemeine Stimmrecht in dem Bericht des preußischen Staatsministeriums vom 16. September 1863 an den König unmittelbar nach dem Frankfurter Fürstentage als Gegengewicht gegen diesen und gegen die österreichische Hegemonie proklamiert worden: was man 1863 vor dem Siege versprochen hatte, mußte man 1867 nach dem Siege halten. Ferner hätte sich das preußische, auf den preußischen Steuern beruhende Wahlrecht gar nicht auf die andern Staaten des Norddeutschen Bundes mit ihrer wesentlich anders gearteten Steuergesetzgebung übertragen lassen, noch weniger wäre das 1870 dem Süden gegenüber möglich gewesen. Vor allem andern aber war die 1863 öffentlich gegebene Zusage bindend, die ein Fundament der deutschen Politik der preußischen Regierung darstellte. Nach seinem Ausspruch von 1867 über das preußische Wahlrecht ist Bismarck noch 23 Jahre lang Minister gewesen, aber er hat nie auch nur den geringsten Versuch gemacht, dieses Wahlrecht zu ändern. Damit ist der Ausspruch von 1867 als das bezeichnet, was er war: eine Gelegenheitswaffe in einer Phase hochgehenden Kampfes, in der Bismarck bekanntlich auch nach Petersburg telegraphierte: „Wenn Revolution sein soll, wollen wir sie lieber machen als erleiden,“ und mit der Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 drohte, falls Preußen von Rußland weitere Schwierigkeiten gemacht werden sollten. Aber zu einer Änderung des preußischen Wahlrechts hat Bismarck tatsächlich nie die Hand geboten; schwachen Anläufen, die zu der Zeit des Ministers Herrfurth gemacht worden zu sein scheinen, hat er die Hand sogar versagt. Es ist auch bekannt, daß Bismarck bei verschiedenen Anlässen, als der Reichstag zu versagen drohte, einen Appell an den preußischen Landtag in Aussicht nahm. Hieraus geht gleichfalls hervor, daß er diesen Landtag als ein politisches refugium ansah, von dessen Zerstörung oder Umgestaltung er innerlich weit entfernt war. Er hat in dem letzten Teil seiner Amtszeit wie in den letzten Jahren seines Lebens den wachsenden Erfolgen der Sozialdemokratie mit großer Besorgnis zugeesehen, und wenn er ein Wahlrecht hätte geändert wissen wollen, so wäre es nicht das preußische, sondern das Reichswahlrecht gewesen. Dieses war ja einer gewissen Modifikation unterworfen, so lange das Sozialistengesetz in Kraft bestand. Mit dessen Aufhebung war der Sozialdemokratie die Bahn freigegeben, und sie hat nicht gesäumt, sich des Reichswahlrechts mit wachsendem Erfolge zu bemächtigen. Das Schlagwort „der Reichskanzler und sein Kutscher“ ist von Berliner liberalen Blättern in Kurs gesetzt worden, daß es auf den Reichskanzler Eindruck machen soll. Für so impressionabel halten wir den Grafen Bülow nicht. Wohl aber ist er Humorist genug, sich die seltsame Komik nicht entgehen zu lassen, die darin liegt, daß 1867 die damalige „Fortschrittspartei“ gegen das allgemeine Stimmrecht war, weil sie davon eine Herabdrückung des preußischen Abgeordnetenhauses zugunsten des Reichstags befürchtete.

Heute ist die Partei im Reiche tatsächlich nahezu verschwunden und beruht nur noch auf einer kleinen Anzahl von Persönlichkeiten, weil sie mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts durch die radikalere Sozialdemokratie, die natürliche Erbin der bürgerlichen Demokratie, erdrückt worden ist. Trotzdem sind ihre Organe fortwährend bemüht, auch zum preußischen Abgeordnetenhaus den Erben, der Sozialdemokratie, die Pforten zu öffnen, indem sie nicht müde werden, das allgemeine Stimmrecht für die preußischen Landtagswahlen zu fordern! Es ist das Schicksal unsers vorgeschrittenen Liberalismus, durch politischen Selbstmord zu enden, heute wie vor dreißig und vor fünfzig Jahren — brave Theoretiker, die aus der Geschichte nichts lernen. Wir wünschen dem preußischen Abgeordnetenhaus eine Zusammensetzung, die es ermöglicht, einige notorische Mängel des preußischen Wahlgesetzes zu beseitigen, auch einen Minister des Innern als schaffende Kraft. Aber der Reichskanzler wird wahrscheinlich die „Wahlgesellschaft“ seines Rutschers dem politischen Selbstmorde unsrer Liberalen vorziehen. Die verhüllte Drohung der Boffischen Zeitung: „Und wenn die Regierung diese Reform nicht beizeiten willig beantragt, wird sie sie zu spät gegen ihren Willen vorzunehmen sich genötigt sehen“ — kann einen Staatsmann nicht schrecken. Käme diese Drohung jemals zur Erfüllung, so wäre die liberale Bourgeoisie wohl der letzte, der einen Nutzen davon hätte.

H. J.

Italien, Frankreich und Rußland. Der Besuch des Königs von Italien in Paris hat ohne Zweifel das seit Jahren vorbereitete Einverständnis mit Frankreich über gewisse Fragen der Mittelmeerpolitik besiegelt. Wahrscheinlich hat Italien zugesichert, daß es in der marokkanischen Frage den Franzosen freie Hand lasse, Frankreich dagegen, daß es Tripolis als ausschließliche Interessensphäre den Italienern überlasse. Damit hat auch die französische Stellung in Tunis ihren bedrohlichen Charakter für Italien verloren, und die sehr starke italienische Kolonistenbevölkerung in Tunesien hat Beeinträchtigungen ihrer nationalen Entwicklung nicht mehr zu fürchten. Es ist die wichtigste Wendung der Mittelmeerpolitik seit 1881, die übrigens der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde so wenig Abbruch tut, wie der Rückversicherungsvertrag, den Fürst Bismarck 1887 mit Rußland schloß, ihm sogar insofern zugute kommt, als damit die Gefahr eines französischen Angriffs auf Italien für absehbare Zeit beseitigt wird, und damit auch Deutschlands Bundespflichten erleichtert werden. Ist das ein Erfolg der italienischen Diplomatie, so hat sie dagegen in den ebenfalls längst angebahnten Beziehungen zu Rußland, die auf die Balkanhalbinsel berechnet waren, eine empfindliche Schlappe erlitten, da der angekündigte Besuch des Zaren in Rom unterblieben ist. Gewiß tragen daran nicht nur die Demonstrationen der italienischen Sozialisten und Anarchisten die Schuld, sondern auch die Ungeschicklichkeit des italienischen Auswärtigen Amtes, das sich keine unbedingte Sicherheit vor „Inkonvenienzen“ zu geben getraute, und darüber ist das Ministerium Zanardelli gefallen. Aber es hat wohl noch etwas anderes mitgewirkt, was nicht ausgesprochen wird, die Abneigung Rußlands nämlich, sich irgendwie für gewisse Ansprüche Italiens auf Albanien zu verpflichten. Denn diese stoßen mit österreichischen Ansprüchen zusammen, und Rußland darf in diesem Augenblicke sein Einvernehmen mit Österreich, von dem die nächste Zukunft der Balkanländer abhängt, nicht gefährden. Eben haben ja, am 22. Oktober, beide Großmächte in Konstantinopel ihre in Würzburg vereinbarten Reformvorschläge über Makedonien überreicht, die das Land und seine Verwaltung unter europäische Kontrolle stellen sollen. In Italien empfindet man es sehr bitter, daß die eigne Regierung es nicht verstanden hat, sich Anteil an diesen Verhandlungen zu verschaffen, und sieht darin eine neue Schlappe, „einen Beweis von kolossaler Dummheit“ (una prova di ingenuità colossale). Man setzt dabei voraus, daß auch Deutschland damit einverstanden sei, und daß ein deutscher, schon in türkischen Diensten stehender General die Reorganisation der Polizei in Makedonien übernehmen werde, wie man denn dort überhaupt Österreich nur als die Vorhut Deutschlands in der Türkei betrachtet.

Und doch könnten sich die Italiener darüber mit einem höchst bedeutsamen Erfolge für ihre innere Politik, also auf einem ganz andern Felde trösten. Die Annäherung Italiens an Frankreich hat dem weltlichen, „politischen“ Papsttum den letzten Rückhalt genommen und den Nachfolger Leos des Dreizehnten vor eine ganz neue Situation gestellt. Der im Dezember 1901 verstorbene katholische Theolog und Historiker Franz Xaver Kraus hat in einem nachgelassenen Aufsatz (in Nr. 219 der Münchner Allgemeinen Zeitung vom 9. August d. J.) gezeigt, daß Leos höchstes Ziel von jeher die Wiederherstellung des Kirchenstaats gewesen ist. Er hat das, wie sein Vorgänger Pius der Neunte, zunächst mit der Hilfe Deutschlands zu erreichen gesucht; als es — trotz des „Kulturfriedens“ — mißlang, wußte der Kardinal Lavigerie, Erzbischof von Karthago, 1891 den Papst für die Anerkennung der noch 1889 von ihm verdamnten französischen Republik zu gewinnen, weil sie die einzige Macht sei, die seinen Wunsch erfüllen könne; ja Leo gab 1895 in einer Enzyklika dem mit Frankreich verbündeten Rußland zu Gefallen sogar die Polen preis, indem er sie ermahnte, sich in ihr hartes Schicksal zu finden, und tat aus demselben Grunde nichts, die katholischen Stiftungen im türkischen Orient gegen das rasche Vordringen der griechisch-russischen zu unterstützen. In dieser Hoffnung vermied er auch jeden ernstern Schritt gegen die Auflösung der Ordensgenossenschaften in Frankreich, denn er beobachtete mit wachsender Sorge die zunehmende Annäherung Italiens an Frankreich. „Er hatte Spiel und Einsatz verloren,“ als er starb. In dieser ganz neuen Lage ist der neue Papst ans Ruder gekommen, und sie hat wohl auch dazu beigetragen, das Votum des Konklaves auf ihn zu lenken, denn ein „politischer Papst“ im Stile Leos wäre jetzt unmöglich. Er hat, wie es heißt, allerdings erklärt, er werde den Präsidenten Loubet nicht empfangen, wenn er nach Rom komme. Aber italienische Politiker meinen, das bedeute keineswegs schon den Bruch mit Frankreich, es gebe noch eine dritte Möglichkeit zwischen diesem und dem Empfange Loubets im Vatikan. Der Papst werde nämlich seinen Nuntius nicht aus Paris abberufen. Das würde bedeuten: ein katholisches Staatsoberhaupt darf Rom als Hauptstadt des Königreichs Italien besuchen, ohne dadurch mit dem Papsttum in Gegensatz zu treten, und das wäre tatsächlich der unausgesprochne Verzicht auf den Kirchenstaat, nachdem es sich abermals erwiesen hat, daß das Streben nach seiner Wiederherstellung nicht nur aussichtslos und zwecklos wäre, sondern daß es auch die Interessen der katholischen Kirche schwer geschädigt hat.

Ein höchst gefährlicher Schwindel. Im 41. Heft haben wir Dressers Schrift über Methoden und die Probleme der geistigen Heilbehandlung angezeigt und dabei hervorgehoben, daß der Verfasser mit der „Christlichen Wissenschaft“ der Mrs. Eddy nichts zu schaffen haben will, und daß wir zwar die Möglichkeit solcher Heilungen nicht leugnen, aber auch diesesmal, wie bei jeder solchen Gelegenheit, daran erinnern müssen, daß auf diesem Gebiet die Gefahr der Selbsttäuschung groß, die Täuschung anderer leicht, darum äußerste skeptische Zurückhaltung und Vorsicht geboten ist. Nachträglich erfahren wir, daß in New-York ein Institute of Science besteht, dem gegenüber nicht skeptische Zurückhaltung sondern entschiedene Verurteilung, Entrüstung und obrigkeitliches Einschreiten Pflicht sind. Die ungeheure Reklame, die das Institut in allen Ländern der zivilisierten Welt bezahlt — eine Annonce in Nr. 41 der Berliner Illustrierten Zeitung, die uns vorliegt, nimmt beinahe eine ganze Doppelpalte ein —, beweist, daß den Schwindlern viel tausend Neugierige, Dumme, Gewinnlüstige und von allerlei bedenklichen, wo nicht verbrecherischen Leidenschaften getriebene Ins Garn gehen müssen; nur aus diesen Kategorien nämlich kann sich die Kundschaft dieser Herren Yankees zusammensetzen. Sie verschicken gratis eine Broschüre: Die Philosophie des persönlichen Einflusses, nebst einer Menge Beilagen, die Zeugnisse aus allen europäischen und amerikanischen Staaten, Bildnisse der Zeugnisaussteller (darunter solche von hoch-

stehenden und berühmten Männern), Nachweisungen der Finanzkraft des Instituts, Versprechungen wegen Ersatzes für erfolglos gebliebenen Unterricht und dergleichen enthalten. Der Zweck dieses Pakets von Reklamen ist, zum Kauf eines Kurses der Hypnotisierungskunst zu verlocken, der in Gestalt eines Buches (oder dreier Hefte) verschickt wird. Der Kursus, heißt es, koste eigentlich 125 Mark. Aber es seien 10 000 Exemplare gedruckt worden, die das Stück zu 25 Mark abgelassen würden; diese seien beinahe vergriffen, und dann trete der ursprüngliche Preis wieder ein. Der Untertitel der umsonst verschickten Broschüre lautet: „Eine wissenschaftliche Abhandlung über die Anwendung und [die] Möglichkeiten von persönlichem Magnetismus, Hypnotismus, Mesmerismus, Suggestiver Heilkunde, Magnetischer Heilung und verwandten Erscheinungen. Zusammen mit einem Kapitel über: »Wie die Macht erlangt wird.«“ Illustriert mit tatsächlichen hypnotischen Szenen.“ Es braucht wohl nicht erst ausdrücklich gesagt zu werden, daß von Wissenschaft in dem ganzen Witz keine Spur zu entdecken ist. Er enthält nur Reklamephrasen und Geschichten, in denen erzählt oder dargestellt wird, wie angeblich Menschen durch Magnetismus, Hypnose, Suggestion von Krankheiten und Lastern geheilt, vom Willen des Magnetiseurs gelenkt und diesem Willen gefügig gemacht worden seien, z. B. „in Herzensangelegenheiten,“ und um sich im praktischen Leben den Erfolg zu sichern. In einer der Beilagen wird gesagt: „Viele unserer Schüler machen eine Spezialität aus den medizinischen Phasen des Hypnotismus und der magnetischen Heilung und erzielen einen Reinverdienst von fünfzig bis hundert Mark täglich... Beim Veranstellen von Unterhaltungen wird der Hypnotismus Ihnen dazu verhelfen, ohne Rivalen in Ihrem Wohnort dazustehn. Nichts in der Welt gewährt ein Drittel so viel unschuldiges Vergnügen und unbezwingliche Heiterkeit wie eine Salonvorstellung.“ In der Broschüre sind mehrere solcher Salonvorstellungen abgebildet, die darin bestehn, daß der Hypnotiseur einige junge Leute zwingt, sich albern zu benehmen und allerlei dummes Zeug anzustellen.

Entweder ist das Institut reiner Schwindel, und dann muß man dem deutschen Publikum begreiflich machen, wie dumm es ist, wenn es mit seinem sauer verdienten Gelde überseelische Schwindler zu Millionären macht; oder die Unternehmer vermögen wirklich eine magische Gewalt über den Nebenmenschen in solchen, die sie von Natur haben, zu wecken und andern methodisch beizubringen; dann bedroht die Verbreitung dieser magischen Gewalt die Menschheit mit furchtbaren Gefahren. Denn nur Böse und Schlechte werden davon Gebrauch machen (auch das Scheusal Dippold scheint seine Opfer hypnotisiert zu haben). Der gute und rechtschaffne Mensch wird in der Erziehung, im Geschäftsverkehr, bei der Brautwerbung, in der Politik niemals durch andre Mittel Einfluß zu üben versuchen als durch Belehrung, vernünftige Überredung, gutes Beispiel und durch die Sympathie, die Wohlwollen und eine sympathische Persönlichkeit einflößen. Zu Heilzwecken darf die Suggestion nur von geprüften Ärzten unter der strengen Aufsicht des Staats verwandt werden. Jungen Leuten aber muß man sagen, daß wenn sie sich zu hypnotischen Experimenten hergeben, um eine Gesellschaft zu belustigen, sie sich auf die Stufe der Sklaven entwürdigten, die der lakedämonischen Jugend im Zustande der Berausung vorgeführt wurden. Goethe, unter dessen Vorzügen seelische Gesundheit nicht der kleinste war, äußerte bei der Erwähnung der Seherin von Prevorst zum Kanzler von Müller: „Ich habe mich immer von Jugend auf vor diesen Dingen gehütet, sie nur an mir vorüberlaufen lassen. Zwar zweifle ich nicht, daß diese wunderbaren Kräfte in der Natur des Menschen liegen, aber man ruft sie auf falsche, oft frevelhafte Weise hervor. Wo ich nicht klar sehen, nicht mit Bestimmtheit wirken kann, da ist ein Kreis, für den ich nicht berufen bin. Ich habe nie eine Somnambule sehen mögen.“

